

**Anlage: Änderungsantrag Ä.A.2.2 zum Antrag A.2 »Fragend schreiten wir voran«**

**Antragsteller/innen: Kommunistische Plattform, Cuba Sí**

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seiten 42 – 45, Zeilen 2 – 147 ersetzen durch:

»Im Ergebnis der Landtagswahlen von Bayern, Hessen, Bremen, Brandenburg, Sachsen und Thüringen, von Kommunalwahlen sowie der Wahlen zum Europäischen Parlament wird in Verantwortung des Parteivorstands und des Bundesausschusses eine Analyse erarbeitet, die sich auf folgende Schwerpunkte konzentriert:

1. Wie bewerten wir die gesellschaftliche Situation acht Jahre nach der Annahme des Erfurter Programms?
2. Wie ist die Lage in unserer Partei einzuschätzen und wie ihre Wirksamkeit?

Ausgehend von dieser auf dem 7. Parteitag zu behandelnden Analyse werden der Partei Schlussfolgerungen vorgeschlagen, in den Gliederungen und Zusammenschlüssen diskutiert, um im Ergebnis dessen darüber zu befinden, ob und wenn ja, an welchen Stellen es Veränderungsbedarf am Parteiprogramm gibt.«

**Begründung:**

Das geltende Parteiprogramm wurde in diesem Jahrhundert erarbeitet, auf dem Parteitag in Erfurt vom 21. bis 23. Oktober 2011 mit 96,9 Prozent beschlossen und beim Mitgliederentscheid vom 17. November bis 15. Dezember 2011 mit 95,8 Prozent bestätigt.

Auf der Basis von Fragen und von häufig nicht untersetzten Feststellungen sowie ohne eine grundsätzliche Analyse, z.B. zu den Auswirkungen der Beteiligung der LINKEN an Landesregierungen, mit einem Programmerarbeitungsprozess beginnen zu wollen, wäre politisch zumindest fragwürdig.

## **Anlage: Dringlichkeitsantrag D.7 »Lateinamerika braucht Frieden – Solidarität mit der Linken in Lateinamerika«**

**Antragsteller/innen: Cuba Sí, Claudia Gerathewohl, Harri Grünberg und andere**  
**Lateinamerika braucht Frieden – Solidarität mit der Linken in Lateinamerika**

DIE LINKE als internationalistische Partei ist solidarisch mit den Völkern, den linken Parteien, mit sozialen Bewegungen und fortschrittlichen Regierungen des globalen Südens, die für das Recht auf eine eigenständige Entwicklung kämpfen, für das Recht auf soziale Inklusion und partizipative Demokratie, frei von imperialer Dominanz und Unterwerfung unter den globalisierten neoliberalen Kapitalismus.

Die fortschrittlichen Regierungen Lateinamerikas erleben gegenwärtig eine beispiellose Kampagne der Aggression – initiiert und gesteuert von den USA, der EU und den nationalen Oligarchien. Ziel dieser Aggression ist es, die fortschrittlichen Regierungen zu stürzen und damit den Ländern des Kontinents den Weg der Integration abzuschneiden und ihnen das Recht auf eine eigenständige und souveräne Entwicklung zu nehmen.

Brasilien wurde durch den parlamentarischen Putsch gegen die Regierung von Dilma Rousseff in seiner Sozialpolitik zum Wohle der Ärmsten zurückgeworfen, in Nicaragua laufen subversive Programme und militante Aktionen gegen die Regierung von Präsident Daniel Ortega, die Erfolge der Regierung des indigenen Präsidenten Boliviens Evo Morales werden in den Medien totgeschwiegen oder verleumdet, in Ecuador und Argentinien wurden die progressiven Regierungen auch durch massive auswärtige Einmischung beseitigt, Venezuela soll auf Betreiben der USA aus der OAS ausgeschlossen werden, und Kolumbien hat sich als »globaler Partner« mit der NATO verbündet und öffnet diesem Militärbündnis mit seinen nuklearen Kapazitäten die Tür nach Lateinamerika.

### **Der Parteitag möge beschließen:**

**DIE LINKE** verurteilt jede Form von angedrohter und realer militärischer Intervention der USA in Lateinamerika und fordert ein Ende der Regimewechsel-Politik des Westens sowie die Beendigung des Wirtschaftskrieges, unter dem die Menschen in Lateinamerika leiden. DIE LINKE steht an der Seite aller linken Kräfte in Lateinamerika – in den sozialen Bewegungen, in Parteien und Organisationen und in Regierungsverantwortung.

**DIE LINKE** solidarisiert sich mit Inácio Lula da Silva und fordert seine sofortige Freilassung. Lula muss seine Kandidatur zu den Präsidentschaftswahlen in Brasilien wahrnehmen können. Nur die Rückkehr Lulas in das Präsidentenamt sowie tiefgreifende soziale und ökonomische Reformen können in der gegenwärtigen Situation die schweren ökonomischen und sozialpolitischen Probleme des Landes überwinden.

**DIE LINKE** ruft alle Linken in Deutschland und in Europa auf zur Solidarität mit der Bolivarischen Republik Venezuela, der Regierung Maduro und der Bevölkerung des Landes. Von der venezolanischen Opposition verlangen wir die Bereitschaft, zum Dialog zurückzukehren und ihre Versuche des gewaltsamen Sturzes der Regierung von Präsident Maduro aufzugeben und dem Vorschlag des Präsidenten bei seiner Amtseinführung zu folgen, erneut in einen Dialog zur Überwindung der Krise des Landes

einzutreten. Wir verurteilen jedes gewaltsame Vorgehen, denn ein Bürgerkrieg, der eine militärische Intervention oder ein Eingreifen des NATO-Partners Kolumbien zur Folge haben könnte, muss verhindert werden. DIE LINKE erklärt sich solidarisch mit der bolivarianischen Revolution, um die demokratischen und sozialen Errungenschaften in Venezuela zu bewahren und zu entwickeln und verurteilt die medialen Kampagnen gegen Venezuela. Die Bundesregierung und die EU-Kommission fordern wir auf, ihre Sanktionen gegen das südamerikanische Land aufheben. DIE LINKE begrüßt die Wiederwahl von Nicolás Maduro zum Präsidenten Venezuelas.

**DIE LINKE** setzt sich ein für die Einhaltung der Vereinbarungen des Friedensvertrages in Kolumbien und verurteilt die friedensgefährdende Partnerschaft Kolumbiens mit der NATO.

**DIE LINKE** steht weiterhin solidarisch zum sozialistischen Kuba und fordert von den USA die Aufhebung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade sowie die Rückgabe des besetzten Gebietes in Guantánamo an Kuba. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der Europäischen Union weiterhin für eine Normalisierung der Beziehungen zu Kuba zu engagieren und sich in diesem Sinne für eine Aufhebung der völkerrechtswidrigen US-Blockade und ihrer extraterritorialen Anwendungen einzusetzen. Die AG Cuba Sí in der Partei DIE LINKE wird ihre politische und materielle Solidarität für Kuba fortführen und weiterentwickeln. DIE LINKE gratuliert dem neu gewählten kubanischen Präsidenten des Staatsrates und des Ministerrates Miguel Díaz Canel und wünscht ihm und seiner Regierung viel Erfolg bei der Bewältigung der vor Kuba liegenden Herausforderungen.

### **Begründung:**

Lateinamerika als Zone des Friedens ist bedroht. NATO-Truppen sollen in Kolumbien stationiert werden, und es ist nicht ausgeschlossen, dass unter einem neuen kolumbianischen Präsidenten der Konflikt mit Venezuela militärisch ausgetragen wird. Mit der gegenwärtigen Politik der USA und ihrer Verbündeten gegen die fortschrittlichen Regierungen soll den Ländern Mittel- und Südamerikas ihre wiedergewonnene Souveränität und Unabhängigkeit genommen werden. Diese Politik richtet sich maßgeblich gegen die Initiatoren des Integrationsprozesses, Kuba und Venezuela, wie auch gegen die weiteren Mitgliedsstaaten der Regionalbündnisse ALBA und CELAC. Unsere Partei hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten viel von der lateinamerikanischen Linken lernen und profitieren können. Heute ist es notwendiger denn je, die Solidarität mit den linken und fortschrittlichen Kräften in Lateinamerika fortzuführen und zu intensivieren.